



## **Frankfurt gegen Spaltung – 2G geht gar nicht!**

**Gemeinsame Resolution**  
der  
**BFF-BIG-Fraktion im Römer,**  
dem  
**Vorstand der Bürger Für Frankfurt BFF e. V.,**  
und dem  
**Vorstand des Kreisverbands Frankfurt**  
**der Partei Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit BIG**

Mit großer Sorge beobachten wir die auch in unserer Stadt zunehmende Konfrontation und Spaltung zwischen „Geimpften“ und „Ungeimpften“. Wir wollen in diesem Konflikt für keine Seite Partei ergreifen, würde dies doch zu einer weiteren Verschärfung desselben führen, die nicht gewollt sein kann. Zudem fehlen uns als kommunalpolitisch Tätigen dazu auch die hierfür erforderlichen medizinischen Kompetenzen.

Da es jedoch nachvollziehbare Gründe gibt, die bei Einzelnen zu einer Entscheidung gegen die Impfung führen können, ist es unserer Überzeugung nach falsch, eine solche persönliche Entscheidung mit tief in das private und öffentliche Leben von Bürgerinnen und Bürgern einschneidenden Restriktionen und Ausgrenzungen zu belegen. Solange es keine staatlich legitimierte Impfpflicht – sofern diese in einem demokratisch verfassten Staat wie der Bundesrepublik überhaupt verfassungsrechtlich haltbar sein sollte – gibt, darf es in keinerlei Lebensbereichen eine Ungleichbehandlung von geimpften und ungeimpften Personen geben.

Das muss umso mehr gelten, als dass Geimpfte zwar besser vor einem schweren Verlauf in Folge einer Virusinfektion geschützt sind, diese jedoch weiterhin Träger und damit auch Überträger des Virus sein können und nicht zuletzt auch selbst (erneut) infiziert werden können. Ungeimpfte Personen nehmen für den Fall einer Infektion hinsichtlich des Krankheitsverlaufs bei sich selbst zwar ein höheres Risiko in Kauf, stellen jedoch für andere Menschen – ob geimpft oder ungeimpft – kein größeres Risiko dar als geimpfte Personen.



Vielmehr sprechen wir uns gegen jegliche Ausgrenzung und Diskriminierung einzelner Menschengruppen in der Stadt Frankfurt aus und damit auch gegen die seit 11. Oktober 2021 aufgrund der Vorgaben der hessischen Landesregierung auch auf den Einzelhandel anwendbare „2G-Option“ für Veranstalter, Gastronomen, sowie körpernahe Dienstleistungen. Stattdessen treten wir für eine inklusive, tolerante und freiheitliche Stadtgesellschaft ein und fordern alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Frankfurt am Main dazu auf, einer sich weiter vertiefenden Spaltung unserer Bürgerschaft in „Geimpfte“ und „Ungeimpfte“ durch die Anwendung der „2G-Regel“ entschieden entgegenzutreten.

Weiterhin fordern wir die politisch Verantwortlichen in Frankfurt, zuvorderst die Mitglieder von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung dazu auf, keine Spaltung der Stadtgesellschaft in „Geimpfte“ und „Ungeimpfte“ zuzulassen und dafür Sorge zu tragen, dass in unserer Stadt so viele kulturelle und kommerzielle Angebote wie möglich allen Frankfurterinnen und Frankfurtern offenstehen, unabhängig von ihrem Impfstatus. Dafür haben sich die Anwendung der „3G-Regelung“ sowie die Einhaltung der AHA-Regeln bislang hinreichend bewährt.

Weder ein direkter Impfwang noch ein indirekter Impfwang, wie letzterer derzeit durch eine völlig verfehlte Corona-Politik des Bundes und der Länder in verantwortungsloser Weise auf die Menschen in unserem Land ausgeübt wird, passen zu der demokratischen Verfasstheit unseres Staates.

Insbesondere in der von Oberbürgermeister Peter Feldmann angekündigten Anwendung der „2G-Regel“ bei Veranstaltungen in der Paulskirche ab November 2021 sehen wir einen eklatanten Verstoß gegen den Geist der Paulskirche, die als Geburtsort der deutschen Demokratie wie kein anderes Gebäude in Deutschland für Freiheit und Demokratie steht.

Über den demokratischen und freiheitlichen Gedanken hinaus, der gegen die Anwendung der „2G-Regel“ spricht, ist aus wissenschaftlicher Sicht mittlerweile durch mehrere Studien belegt, dass infizierte Geimpfte eine ähnlich hohe Viruslast in sich tragen wie ungeimpfte Infizierte bzw. dass sie das zumindest grundsätzlich können. In der Praxis hat sich dies in der jüngsten Vergangenheit bereits bei zahlreichen 2G-Veranstaltungen gezeigt, die zu sogenannten „Superspreader-Events“ wurden. Unter anderem erwähnt seien an dieser Stelle lediglich eine Partynacht in Münster, bei der sich Mitte September 2021 jeder fünfte Teilnehmer – insgesamt 86 Personen – mit dem Coronavirus infizierten, sowie der Corona-Ausbruch im Berliner Techno-Club Berghain, bei dem sich Ende Oktober 2021 mindestens 19 Personen mit dem Virus infizierten, wohlgermerkt jeweils im Rahmen von „2G-Veranstaltungen“.



Die Anwendung der „2G-Option“ bringt daher eine völlig falsche – weil trügerische – subjektive Sicherheit mit sich, zumal es auch bei der Impfung gegen Corona einen Teil so genannter „Non-Responder“ gibt, bei denen eine Immunantwort ausbleibt und die somit auch nach zweifacher Impfung keine Corona-Antikörper gebildet haben.

Zudem ist die Anwendung der „2G-Regel“ in Hessen als zutiefst kinder- und familienfeindlich zu bewerten, da sie ungeimpfte Kinder und Jugendliche im Alter von 12 Jahren und darüber kategorisch ausschließt. Damit ist auch solchen Familien der gemeinsame Besuch von Veranstaltungen, Geschäften sowie Restaurants und Cafés verunmöglicht, in denen zwar beide Eltern vollständig geimpft sind, deren Kinder im Alter zwischen 12 und 18 Jahren jedoch (noch) nicht. Auch ist die Ausgrenzung von Menschen, die sich aufgrund ihrer gesundheitlichen Konstitution und nach ärztlicher Beratung überhaupt nicht impfen lassen können, für uns undenkbar.

Wie von mehreren Tausend Anhängern der Frankfurter Eintracht klar signalisiert, die dem Heimspiel gegen RB Leipzig am Samstag, dem 30.10.21 aus Protest gegen die dafür geltende „2G-Regelung“ fernblieben, muss es bei uns in Frankfurt deshalb heißen: „Alle oder keiner“!

Für die  
BFF-BIG-Fraktion  
im Römer

Mathias Mund  
Fraktionsvorsitzender

Für den Vorstand der  
Bürger Für Frankfurt  
BFF e. V.

Thomas Budenz  
Stv. Vorsitzender

Für den Kreisvorstand Frankfurt  
der Partei Bündnis für Innovation  
und Gerechtigkeit BIG

Arzu Ün  
Kreisvorsitzende

Ingeborg Leinweber  
Stadtverordnete

Haluk Yildiz  
Stadtverordneter